

## AKTUELL

## VERMUMMUNGSVERBOT

# Die Regierung hat es eilig

Tessie Jakobs

**In den vergangenen zwei Wochen meldeten sich zahlreiche AkteurInnen zum geplanten Vermummungsgesetz zu Wort. Auch innerhalb der Regierung scheint man sich uneins zu sein.**

„In der Debatte wird etwas hochstilisiert, das im Alltag kein Problem darstellt“, so Familienministerin Corinne Cahen am vergangenen Mittwoch im Wort-Interview. Damit bezog sie sich auf die kontroversen Diskussionen, die in der Folge der Ankündigung eines Verbots der Vollverschleierung aufgekommen waren. Dass die Debatte überhaupt erst dadurch entstanden war, dass die Regierung selbst diese Angelegenheit zu einem Problem gemacht hatte, wird dabei außer Acht gelassen. Die nachgeschobene Präzisierung, bei dem Verbot gehe es nur marginal um vollverschleierte Frauen, dient nun dazu, einer Auseinandersetzung mit der vorgebrachten Kritik aus dem Wege zu gehen.

Déi Jonk Gréng zufolge birgt das Verbot die Gefahr, xenophobe Haltungen in der Gesellschaft zu legitimieren, und auch die jungen Liberalen und jungen SozialistInnen sprachen sich in einem Wort-Interview gegen ein nationales Burkaverbot aus. Arbeitsminister Nicolas Schmit reagierte darauf per Twitter mit dem Hinweis an die „jungen Naïven“, dass die moderne laizistische Demokratie, für die Transparenz und Gleichberechtigung der Geschlechter grundlegend sind, durch die Burka symbolisch verneint werde.

Von vielen Seiten wurde eine gesetzliche Regelung jedoch begrüßt. Sowohl CSV als auch ADR drückten ihre Überzeugung aus, dass das Vorhaben die Werte unserer Gesellschaft widerspiegelt. Sie nutzten die Gelegenheit, um die Kehrtwende von DP und Déi Gréng in dieser Sache herauszustreichen, die sich bisher konsequent gegen ein Burkaverbot auf nationaler Ebene ausgesprochen

hatten. Beide Oppositionsparteien hatten bereits 2015 ein Vermummungsverbot gefordert und registrieren nun mit Genugtuung, dass die Regierung auf ihre Linie einschwenkt. Ebenso verhält es sich mit der Petition „Für ein generell Vermummungsverbot am öffentlichen Raum“, deren Initiator Pascal Hansen in einem Presseschreiben hervorhebt, wie wichtig es sei, Frauen mit allen Mitteln zu schützen. Auch Schmit hatte zuvor betont, dass es in der Burka-Frage um die Verteidigung der Frauenrechte gehe.

## Was soll erreicht werden?

Die Gegenüberstellung der Aussagen von Cahen und Schmit macht die widersprüchliche Argumentation innerhalb der Regierung deutlich. Während Schmits Tweet in Anbetracht der geringen Zahl Burka tragender Frauen hierzulande überzogen wirkt, zeugt die Haltung der Familienministerin von einer gewissen Unempfindlichkeit gegenüber der Botschaft, die dieser Gesetzesentwurf vermittelt.

Hieß es zunächst noch von Seiten der Regierung, dass sie mit diesem Beschluss auf ein Gutachten des Staatsrats reagiere, so präzisierte Premierminister Bettel am Dienstag, dass dieses Gutachten noch gar nicht vorliegt. Dass zu dieser Frage ein Vorabentscheidungsverfahren eingeleitet wurde, zeigt, wie eilig es die Regierung mit der Angelegenheit hat. Es zeigt aber auch, dass sie in ihrem Bemühen

um Wählersympathien weder davor zurückschreckt, rassistische Ressentiments in der Bevölkerung zu schüren, noch es ungehörig findet, den Kampf um Geschlechtergerechtigkeit parteipolitisch zu instrumentalisieren. Abgesehen davon spricht nichts dafür, dass eine Stigmatisierung von Musliminnen zur nationalen Sicherheit beiträgt. Der Gesetzesentwurf, der Umfragen zufolge von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird, soll in den nächsten zwei Monaten ausgearbeitet werden.



BILDQUELLE: WIKIMEDIA COMMONS

## SHORT NEWS

## Steinfort : pas de structure d'accueil

(da) - Imaginez un instant : un ministre du Développement durable vert stoppé dans son projet de construction d'un village de conteneurs pour réfugiés sur base... de la loi sur la protection de l'environnement. Le monde à l'envers, vous dites ? Et pourtant, c'est ce qui vient d'arriver au Luxembourg. Souvenez-vous : une « Biergerinitiativ » avait porté plainte contre le projet de structure d'accueil à Steinfort (woxx 1390), arguant qu'il y avait absence d'une étude d'impact environnemental dans le plan d'occupation du sol. En effet, une espèce rare de chauve-souris pourrait potentiellement souffrir de la construction de ladite structure. Le 7 septembre 2016, le tribunal administratif avait donné raison à la Biergerinitiativ, annulant la suite de la procédure de construction. Peu de temps après, François Bausch et Camille Gira avaient expliqué que le gouvernement avait donc fait appel. Rien à faire : ce mercredi, la Cour d'appel a une nouvelle fois donné raison à la Biergerinitiativ. Par le biais d'un communiqué, le ministère de Bausch a fait savoir que le plan d'occupation du sol en question sera annulé. Par ailleurs, la commune de Steinfort se serait engagée à fournir des logements vacants pour l'hébergement de demandeurs d'asile.

## School-Leaks : Freispruch für alle Angeklagten

(tj) - Die vier im Rahmen der School-Leaks-Affäre angeklagten Personen wurden am gestrigen Vormittag freigesprochen. Die drei Lehrkräfte des Lycée classique Echternach sowie der Ehemann einer der Angeklagten waren beschuldigt worden, im März 2015 unerlaubterweise Prüfungsdokumente verbreitet zu haben. Bei diesen handelte es sich um Fragen und Antworten der Leistungstests zum Übergang von der Grund- zur Sekundarstufe. Zwar ist die postalische Weiterleitung der entsprechenden Unterlagen an SekundarschullehrerInnen, die in den Orientierungskommissionen vertreten sind, nicht unüblich, doch wurden die Dokumente in diesem Fall zusätzlich eingescannt und an Eltern und SchülerInnen im Raum Echternach und Bourglinster geschickt. Letzten Endes sei das Berufsgeheimnis nicht verletzt worden. Damit ist nun vorerst eine Affäre abgeschlossen, die seit ihrer Entstehung für heftige Diskussionen gesorgt hat. In diesen war auch Kritik an der Orientierungsprozedur selbst laut geworden. So hatten die Angeklagten, laut ihrer Aussage im Prozess, mit ihrem Vorgehen auf Missstände aufmerksam machen wollen. Kern der Problematik ist die verbreitete geringschätzige Einstellung gegenüber dem „enseignement secondaire technique“. Aus Angst, das eigene Kind könnte dem verpönten Schulsystem zugeordnet werden, suchen die Eltern nicht selten illegale Ausweichlösungen.

## Le loup vaut bien une messe

(lm) - Régulièrement des espèces animales apparaissent - ou disparaissent -, même sur un territoire aussi réduit que celui du grand-duché. Mais ce n'est que lors des grandes occasions que l'Administration de la nature et des forêts organise une conférence de presse et publie un livre. Considérant que la réapparition du loup est « probable, voire vraisemblable », l'administration a voulu s'adresser au grand public, sans doute intéressé - et troublé - par cette perspective. Plus troublés encore sont les « groupes d'intérêt pouvant entrer en conflit direct avec le loup », comme les éleveurs de moutons ou les chasseurs. Le « Plan d'action et de gestion » mis au point par l'administration rappelle que le loup est un animal intégralement protégé et que le danger de se faire attaquer par un loup est « marginal »... pour les humains. Plus exposés, les chiens et notamment les chiens de chasse peuvent faire l'objet de mesures de protection. Le document comporte 56 pages d'explications et de cartes, plus, en annexe, des formulaires pour l'indemnisation des éleveurs ou... le monitoring des hurlements. Le livre, destiné au grand public, comporte 28 pages et de nombreuses photos, mais n'est disponible qu'en allemand.

[www.environnement.public.lu/conserv\\_nature/dossiers/loup-wolf/index.html](http://www.environnement.public.lu/conserv_nature/dossiers/loup-wolf/index.html)